



**Niederschrift über die Sitzung des
Umwelt- und Verkehrsausschusses am 6. Juli 2020**

im Ghibellinensaal des Bürgerzentrums, An der Talaue 4 in 71334 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:	Landrat Dr. Sigel	
Die Ausschussmitglieder:	Kreisräte/innen:	
	Beutel (bis 18:03 Uhr), Hundt (bis 17:24 Uhr), Kölz (bis 18:30 Uhr), Zerrer (bis 17:45 Uhr)	(CDU)
	Ahrens (bis 18:17 Uhr), Altenberger (bis 16:51 Uhr), Dannenmann, Schölzel, Ulrich	(Freie Wähler)
	Eusebi, Goethe, Schmidt	(GRÜNE)
	Riedel (bis 18:05 Uhr), Schäf (bis 18:10 Uhr), Wörner (bis 18:05 Uhr)	(SPD)
	Häfele	(FDP-FW)
	Huschka, Thiel (ab 14:40 Uhr)	(AfD)
	Bezler	(Linke/ÖDP)
	Wilhelm	(Wilhelm/ Klinghoffer)
Die stv. Ausschussmitglieder:	Sczuka (bis 18:15 Uhr), von Pollern (bis 18:16 Uhr)	(CDU)
	Bayer	(GRÜNE)
	Lenk (bis 17:02 Uhr)	
Entschuldigt:	Jäger, Theile	(CDU)
	Dr. Fleischer	(GRÜNE)
	Haußmann	(FDP-FW)
Ferner:	Finanzdezernent Schäfer	
	Erster Landesbeamter Dr. Zaar	
	Herr Hein, Leiter Dezernat 3	
	Herr Holzwarth, Leiter Dezernat 4	
	Herr Dr. Kühnemann, Institut für Umwelttechnik	(TOP 1)
	Frau Fischer, Radwegekoordinatorin	(TOP 2 und 3)
	Herr Straus, Leiter Straßenbauamt	(TOP 4)
	Herr Prof. Dr. Wörner, Hochschule Esslingen	(TOP 5)
	Herr Rauffmann, Leiter Amt für ÖPNV	
	Frau Wurster, Amt für Umweltschutz	(TOP 8 und 9)
	Herr Schäufele, Amt für Umweltschutz	(TOP 10.3)
	Herr Schumacher, Rems-Murr-Klinik Winnenden	(TOP 10.4)



Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 2

Öffentlich

Weitere Mitarbeiter/innen

Presse

Die Schriftführerin:

Kreisoberinspektorin Bareiß

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 18:39 Uhr

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 3

Öffentlich

§ 1

EMAS - Das Steuerungsinstrument für die Umwelt- und Klimaschutzleistungen der Kreisverwaltung
Drucksache 2020/046/1

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Herr Dr. Kühnemann vom Institut für Umwelttechnik Dr. Kühnemann und Partner GmbH erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass „EMAS“ den Kreis, für die nächsten drei Jahre, 7.500 Euro koste.

Ohne weitere Beratung beschließt der Umwelt- und Verkehrsausschuss einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, die EMAS-Zertifizierung fortzuführen.

Auszüge:

1 Amt für Umweltschutz

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 4

Öffentlich

§ 2

Bericht zu aktuellen Radwegeprojekten

Drucksache 2020/126

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Frau Fischer, Stabsstelle Radwege, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel bedankt sich für den Vortrag. Er ergänzt, dass für die Verbindung Backnang nach Waiblingen ein Förderantrag eingereicht wurde. Hinter solch einem Förderantrag stecke viel Arbeit, woran man sehe, dass der Kreis sehr bemüht sei.

Kreisrat Sczuka bedankt sich, dass die Verbindung Backnang nach Waiblingen bei der Machbarkeitsstudie dabei sei und man den Anfang des Murrtales nicht vergesse. Er fragt nach, welche Überlegungen auf Seite 3 bei der Umsetzung des Radwegenetzes bei der Ziffer 3, Erstellung einer priorisierten Projektliste gemacht werden. Außerdem interessiere es ihn was für Kriterien dort angelegt werden, wenn man die Liste erstelle. Dies hänge vermutlich von verschiedenen Faktoren ab.

Kreisrat von Pollern ist überzeugt vom Radwegekonzeptionsnetz. Er fragt nach, ob noch mit Mitteln für die Baukosten der Radschnellverbindungen vom Land/Bund zu rechnen sei oder diese mit der Kreisumlage auf die Kommunen umgelegt werde. Durch die Hochrechnungen interessiere es ihn aufgrund des Klima- und Umweltschutzes, wie viel CO² eingespart werde, wenn die Maßnahmen umgesetzt werden. Er gehe von einem Zeithorizont vom Jahr 2030 und einem Ausbau in Etappen aus. Er spricht sich für einen raschen Ausbau des Radschnellweges von Ludwigsburg nach Waiblingen aus.

Kreisrat Lenk bedankt sich. Die Vernetzung von Tourismus und Klimaschutz sei wichtig und gehöre zusammen. Ein Kompliment gehe an den Rems-Murr-Kreis, er kenne keinen Kreis wo Wegweiser so gut seien. Die Koordination mit Kommunen sei sehr wichtig. Er fragt nach, ob sich der Kreis re-

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 5

Öffentlich

gelmäßig mit den Bauämtern treffe. Und ob es bei den „Radhelden at Scool“ eine Zusammenarbeit mit der Verkehrspolizei gebe. Ähnlich wie der Fahrradführerschein. Die Fahrradreparaturstationen seien wichtig.

Kreisrätin Schmidt erklärt, dass durch Corona die Zahl des Fahrradverkehrs zugenommen habe. Es gebe an Ausleihstationen keine Verpflichtung zuvor an einer E-Bike Schulung teilgenommen zu haben. Sie fragt, ob es möglich sei, sogenannte „Popup“ für E-Bikes bei den Ausleihstationen anzubieten, wie man sich mit einem E-Bike verhalte. Eine kurze Einweisung sei wünschenswert. Die Räder auf der Straße haben unterschiedliche Geschwindigkeiten, dies finde sie gefährlich. Es habe im Kreis eine Kampagne für Motorradverkehr gegeben, man solle Rücksicht aufeinander nehmen. Sie schlägt vor, das gleiche für Fußgänger und Fahrradfahrer zu entwickeln. Man müsse einander Rücksicht nehmen und eine Plakataktion machen. Es müsse deutlich gemacht werden, dass verschiedene Geschwindigkeiten herrschen und nur begrenzt Platz zur Verfügung steht. Kreisrätin Schmidt möchte wissen, ob es eine App für die Fahrradreparaturstationen gebe oder ein Link auf der Homepage verfügbar sei. Falls es nur über den ADFC laufe, fände sie es gut, wenn dies beim Kreis angesiedelt werden könne.

Kreisrat Riedel signalisiert, dass jeder für Radschnellwege sei. Diese könne man allerdings erst in einigen Jahren realisieren. Kurzfristig sehe die SPD-Fraktion das Problem derzeit aber bei dem Mischverkehr auf den Wegen. Dort habe man Spaziergänger, Radfahrer und E-Biker. Man benötige ein Konzept für getrennte Wege. Bei den E-Bikes sollte man darüber nachdenken, ob diese vielleicht auf die Straße gehören. Moped müssen auch auf der Straße fahren.

Landrat Dr. Sigel erkennt das Problem auch bei der Rücksichtslosigkeit im Straßenverkehr. Darauf würden die Projekte des Kreises abzielen. Man wolle nicht nur Radwege bauen, sondern auch in die Sicherheit investieren. Gerade bei den jüngsten, aber auch bei den E-Bike Nutzern. Diese Themen sollen bei „Radspaß“ oder „Sicher E-Biken“ mit aufgenommen und vermittelt werden. Man versuche eine gute Radverkehrsinfrastruktur zu errichten. Dies werde allerdings eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, bis man den Mischverkehr getrennt habe. Platzmäßig könne man dieses Problem auch nicht so schnell auflösen. Beim Ausleihen von E-Bikes finde er es auch wichtig, eine Schulung zu bekommen. Darauf zielen die Projekte auch ab. Die Fahrradaktionstage „Radhelden at

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 6

Öffentlich

Scool“ seien keine Konkurrenz zu dem Fahrradführerschein. Sie seien dazu da, Kindern eine Grundfertigkeit zu vermitteln.

Frau Fischer antwortet, dass es die Karte mit den Radstationen beim ADFC gebe. Der Link dazu sei auf dem Klimaschutzportal auf der Rems-Murr-Kreis Homepage.

Die Priorisierung des Ausbaus erfolge so, dass nach dem derzeitigen Zustand geschaut werde, wie der derzeitige Fahrbahnbelag sei und die Sicherheit. Diese Dinge spielen mit rein um zu entscheiden, welche Verbindung zuerst ausgebaut werde. Das Land sei derzeit dabei das Landesradwegnetz ausbauen. Bei der Förderung der Baukosten von Radschnellverbindungen gebe es den gleichen Fördersatz wie auch für die Planung. Es werde aber zuerst die Förderung der Planung beantragt und dann die Förderung des Baus. Die Förderung betrage 87,5 Prozent, in manchen Fällen auch bis zu 90 Prozent. Eine volle Förderung gehe nicht, man müsse einen Eigenanteil leisten. Wie hoch die CO² Einsparung sei, wenn man das ganze Netz ausbaue, können man derzeit nicht sagen. Man sei derzeit dabei, zu prüfen, in welcher Form der Radverkehr durch Stationen erfasst werden könne. Die Stadt Fellbach sei selbst zuständig für die Radschnellverbindung. Die Zusammenarbeit mit den Kommunen sei sehr gut. Das Netz der Radstationen wird nicht bei 36 Stationen bleiben, es wird weiter ausgebaut, damit man eine Flächendeckung habe.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass man bei den Radschnellwegen derzeit am Anfang der Planungsphase stehe. Die konkrete Umsetzung komme jetzt.

Kreisrätin Wilhelm bedankt sich und ist froh, dass man einen Ansprechpartner habe. Sie interessiere es, wie die Stationen für die Fahrradreparatur angenommen werden und ob es dazu schon Rückmeldungen gegeben habe. Außerdem fragt sie nach, wie der Radverkehr erfasst werde, ob es dafür Zählstationen gebe. Sie findet es wichtig, dass man auf einen Radübungsplatz verweisen könne und inwieweit ein solcher Übungsplatz konkret umgesetzt werden könne.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass die Reparaturstationen gut angenommen werden.

Herrn Dr. Zaar erläutert, dass man derzeit dabei sei, die Einrichtung von Radverkehrsübungsplätze auf geeigneten Flächen in Waiblingen und Fellbach zu prüfen.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 7

Öffentlich

Herr Hein, nimmt Bezug auf die Radverkehrszahlen. Derzeit seien diese schwer qualifizierbar. Man versuche gerade sinnvolle Standorte für feste Zählstellen zu finden.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zu den aktuellen Radwegeprojekten zur Kenntnis.

Auszüge:

1 ÖPNV

1 Stabsstelle Radwege

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 8

Öffentlich

§ 3

K1911 Ausbau Radverkehrsverbindung Winnenden - Waiblingen, Ausschreibung und Vergabe Drucksache 2020/094

Frau Fischer, Stabsstelle Radwege, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Kölz kommen die Kosten von 350.000 Euro sehr teuer vor auch wenn man 175.000 Euro Zuschuss bekomme. Der Rest seien trotzdem Steuergelder. Er wolle wissen was an der Maßnahme so teuer sei. Er weist darauf hin, falls ein Radstreifen an der Kreisstraße 1850 geplant sei, dass lieber die parallel verlaufenden landwirtschaftlichen Wege und Straßen ausgebaut werden sollen. Dieser Straßenabschnitt sei sehr gefährlich. Da seien Unfälle vorprogrammiert. Er fragt nach, ob es der Wahrheit entspricht, dass vom Kreisverkehr in Richtung Schwaikheim ein Radweg gebaut werden soll. Außerdem wolle er wissen, welche Bedeutung der Landesradfernweg Alb-Neckar-Radweg für den Kreis habe und welche Verpflichtungen daraus wachsen.

Landrat Dr. Sigel erläutert, dass die Randmarkierung der Landesradfernweg auch dazu diene, die Wege komfortabel und gut sichtbar zu machen. Für die Radschutzstreifen außerorts sei man Pilotlandkreis.

Frau Fischer ergänzt, dass man derzeit eine Ausnahmegenehmigung für Schutzstreifen außerhalb eines Ortes benötige. Das Land sei derzeit dabei, die Teststrecken außerorts zu untersuchen, so auch bei uns im Kreis. Die Randmarkierungen der Landesradfernwege seien Bestandteil vom Radnetz Baden-Württemberg. Es gebe eine Richtlinie, dass die Radwege außerorts eine Randmarkierung haben sollten, genauso wie eine Straße. Schwaikheim sei die erste Kommune, die der Verpflichtung nachgekommen sei. Bis 2030 sollen im Zuge vom Radnetz Baden-Württemberg überall die Randmarkierungen abgebracht werden. Im Zuge der Baumaßnahme muss neue Markierung aufgebracht und bestehende Markierung geändert werden. Dies mache nur Sinn, so Frau Fischer, wenn die Fahrbahndecke erneuert werde. Die Kosten seien so hoch, weil man auf der Strecke die bestehenden Wege deutlich verbreitert und L-Steine zur Sicherung der Böschung setzen müsse.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 9

Öffentlich

Kreisrat Ulrich findet die Maßnahme sinnvoll und überbringt eine positive Rückmeldung von Korb.

Kreisrat Häfele ist ambitionierter Fahrradfahrer, auch im Alltag. Von Winnenden nach Waiblingen, sei die Strecke sehr gefährlich. Er sei froh, wenn es bald eine Lösung gebe.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Leistungen für den Ausbau der Radwegeverbindung entlang der K 1911 zwischen Schwaikheim und Korb im Rahmen eines öffentlichen Vergabeverfahrens auszuschreiben und an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Auszüge:

1 Stabsstelle Radwege

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 10

Öffentlich

§ 4

K1834/K1606 Sanierung der Kreisstraße und Neubau Radweg bei Kirchberg a.d.M.

Drucksache 2020/107

Herr Straus, Leiter Straßenbauamt, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel erläutert die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Kreisrat Sczuka bedankt sich, dass die Maßnahme jetzt endlich durchgeführt wird. Der Drohnenflug, welcher in Instagram zu sehen war, sei sehr beeindruckend und gebe einen guten Einblick für die Bevölkerung. Er regt an, dies auch bei anderen Maßnahmen zu machen.

Kreisrätin Wilhelm spricht ein Kompliment an das Straßenbauamt und allen mitwirkenden aus. Es biete sich an, das Murrthal aus dieser Sicht kennen zu lernen. Die Idee den Gehweg zurück zu bauen und für die Straße zu nutzen, sei ein guter Vorschlag gewesen. Sie hoffe, dass sich bei der Ausschreibung genügend Bewerber ergeben und die Maßnahme beendet werden könne.

Herr Straus, Amtsleiter Straßenbauamt, stellt die weiteren Maßnahmen im Kreis anhand einer Präsentation dar, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Leistungen für die Sanierung der Kreisstraße und den Neubau des Radwegs im Zuge der K 1834 zwischen Kirchberg an der Murr und der Grenze zum Landkreis Ludwigsburg im Rahmen eines öffentlichen Vergabeverfahrens auszuschreiben und an den wirtschaftlichsten Bieter zu vergeben.

Auszüge: 1 Straßenbauamt

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 11

Öffentlich

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 12

Öffentlich

§ 5

Grundsatzentscheidung zur Wasserstofftechnologie im Rems-Murr-Kreis

Drucksache 2020/131

Landrat Dr. Sigel führt in das Thema ein und erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Herr Prof. Wörner, Hochschule Esslingen, stellt das Thema anhand einer Präsentation vor, die ebenfalls dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Dannemann sieht das Thema mit einem freudigen und einem besorgten Auge. Die Technologie sei hoch interessant. Er drückt seine Sorge aus, dass man sich die hohen Kosten nur mit einer hohen Investition leisten könne. Der Betrag von 1,1 Millionen Euro komme nur dann zustande, wenn man auf Bestandslinien gehe. Sonst würde sich der Betrag verdoppeln. Coronabedingt habe man sehr große Einbrüche bei den Fahrgastzahlen aber sehr hohe Kosten im ÖPNV. Die Coronapandemie werfe den ÖPNV extrem zurück. Es fehlen Gelder und er fragt nach, wie die Kosten im Landkreis prognostiziert werden. Durch einen Wasserstoffbus sei man zwar klimafreundlich unterwegs, bekomme aber nicht mehr Fahrgäste in den Bus, dies könne man nur durch Preissenkungen etc. erreichen. Er habe die Sorge, dass andere Projekte, durch welche man die Personen wieder in den ÖPNV bekomme, auf der Strecke bleiben.

Kreisrat Riedel würde das Thema gerne überschreiben in: „Wer nicht wagt, der nicht gewinnt“. Man solle es wagen. Dies sei eine Aufgabe der kommunalen Familie im Rems-Murr-Kreis. Der Kreis sei verdammt geradezu, solche Projekte in die Hand zu nehmen. Man solle nicht immer mit der Kreisumlage ankommen. Außerdem dürfe man dieses Projekt nicht als Konkurrenz zum bestehenden Verkehr sehen, sondern als Zukunftsaussicht.

Kreisrat Beutel spricht für die CDU, dass es sich um kein Wagnis, sondern um eine Pflicht handle in der Technologie tätig zu werden. Man sehe es als Zukunftstechnologie für Nutzfahrzeuge. Ihn freue es, dass man als Innovativtechnologie im Rems-Murr-Kreis in einer Vorreiterrolle sei. Mit der Wies-

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 13

Öffentlich

laufalbahn habe man Fahrzeuge, bei welchen die Technologie eingesetzt werden kann. Man sei bereit die Kosten zu finanzieren. Man hoffe auf eine Bereitschaft der Kommunen, dies über die Kreisumlage mitzufinanzieren und hoffe auf Zuschüsse vom Bund. Es gebe noch Finanzierungslücken, welche in der Drucksache beschrieben seien. Er bittet die Ziffer 5 in den Beschlussvorschlag mit aufzunehmen und einen Vorschlag mitzuteilen, wie man die Lücke schließen könne. Ohne Wasserstofftankstelle könne man dieses Projekt nämlich nicht so betreiben. Die CDU- Fraktion hofft auf eine Mehrheit im Kreistag.

Kreisrätin Gothe führt aus, dass sie bereits darauf gewartet habe, dass die Brennstoffwasserzelle auf den Markt komme. Sie plädiert dafür, die Investition zu tätigen, damit man den Anschluss nicht verliere. Kreisrätin Gothe fragt nach, ob sichergestellt werden kann, dass die Wartung und Sicherstellung durch die Hersteller erfolgt. In Hamburg sei dies nicht der Fall gewesen, weshalb dort keine solchen Busse mehr fahren.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man derzeit dabei sei, die Zahlen für die Coroneinbußen zu ermitteln. Wie sich die Corona-Rettungsschirme auswirken, könne man noch nicht sagen. Man könne nicht versprechen, dass sich dieses Projekt nirgendwo anders auswirken wird. Ihm sei es wichtig, dass man politisch diskutiere und politische Entscheidungen treffe und dann auch Geld in die Hand nehme. Man habe bewusst mit dem Betrag mit 1,1 Millionen Euro die Obergrenze genommen. Die Kosten würden sich also nicht verdoppeln. Man wolle nichts schön rechnen. Es gehe ihm nicht um die Auswirkung im ÖPNV, sondern vielmehr um die Wirkung, wenn man das Thema in unserer Umgebung habe.

Herr Wörner ergänzt, dass die Brennstoffzellentechnologie kein statisches Element sei, welches vor 10 Jahren entworfen wurde und heute auf dem gleichen Stand sei. Vielmehr unterliege sie stetiger Weiterentwicklung. Das gleiche gelte für die Infrastruktur. Wichtig sei, dass damit die ÖPNV-Anbieter entlastet werden, denn die Wasserstofftankstelle sei nicht mit einer Dieseltankstelle zu vergleichen.

Herr Rauffmann verdeutlicht, dass man berechnet habe, was die K3-Linie koste, wenn man diese einrichten würde. Auch bei einem Betrieb mit Diesel-Bussen würden bereits erhebliche Kosten ent-

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 14

Öffentlich

stehen. Die Wasserstoffkosten seien die Mehrkosten gegenüber einem solchen Dieselbetrieb. Die 2,5 Millionen Euro seien die Kosten, die entstehen, wenn man die K3-Linie neu mit der Wasserstofftechnologie einrichte. Von diesen 2,5 Millionen Euro seien 780.000 Euro die reinen Mehrkosten eines Wasserstoffbetriebs im Vergleich zu einem Betrieb mit Dieselfahrzeugen.

Kreisrat Dannenmann sieht dies als Grundsatzentscheidung und befürwortet diese, aber im Detail müsse man sich nochmals genau beraten, insbesondere ob die Linie Sinn mache.

Landrat Dr. Sigel signalisiert, dass man die Technik auch auf jeder anderen Linie einsetzen könne. Über die K3-Linie müsse man noch sprechen, ob diese die richtige sei. Im Projekt müsse man sich aber jetzt trotzdem entscheiden, ob man bereit sei, Wasserstoffbusse zu beschaffen.

Herr Dr. Zaar führt aus, dass man sich derzeit primär darauf konzentriere, die Bestandsverkehre zu erhalten. Die Probleme die zwecks Corona auf die Busbetreiber zukomme, seien klar.

Kreisrat Ahrens findet, dass die notwendige Energiewende eine mutige Entscheidung benötige. Die Grundsatzentscheidung sei eine mutige Entscheidung. Gerade beim ÖPNV sowie beim Gütertransport könne die Wasserstofftechnologie eine gute Möglichkeit sein. Die Produktion von grünem Wasserstoff in Waiblingen, die Lernwerkstatt in Backnang und den Einsatz im ÖPNV findet er gut. Die Finanzierung sei natürlich ein großes Thema. Daher solle man dranbleiben, evtl. Fördermittel zu erreichen, denn die Mehrkosten müssen gedeckt werden. Er äußert die Bitte, sich Gedanken zu machen, woher man Wasserstoff beziehe, wenn der eigene nicht mehr ausreiche. Die Freien Wähler sehen es grundsätzlich als positiv an.

Kreisrat Thiel spricht an, dass die Kosten wieder mal sehr hoch seien. An der normalen Tankstelle koste das Kilogramm Wasserstoff 9,50 Euro, bei den Berechnungen des Kreises koste es 22,60 Euro. Man müsse sich Gedanken machen, warum es so viel teurer sei, wenn es der Kreis selber herstelle. Die Tankstelle werde weit weg von dem Bahnverkehr gebaut. Daher interessiere es ihn, wie viele Gefahrguttransporte im Jahr getätigt werden müssen. Die Buslinie benötige 25-30 Tonnen Wasserstoff pro Jahr. Die Wasserstoffanlage könne zwischen 27 und 58 Tonnen Wasserstoff produzieren. Es sei nicht ausgeführt, ob dies pro Tag oder Jahr sei. Somit könne man vermutlich zwei

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 15

Öffentlich

Buslinien K3 betreiben, von der Wasserstoffmenge. Die Versorgung von nur 2 Linien sei dann arg teuer.

Kreisrat von Pollern freut sich, dass man eine Grundsatzentscheidung treffe und die Verantwortlichen wie Bund, Land oder Kommune in die Puschen kommen. Klima- und Umweltschutz sei die zentrale Aufgabe des 21. Jahrhunderts. Er finde es toll, dass Daimler zusammen mit dem Kreis in Kooperation trete, dies sei nicht selbstverständlich. Corona dürfe uns in Sachen Klima- und Umweltschutz nicht zurückwerfen.

Kreisrat Riedel schlägt vor, sich nicht auf vorgeschlagene Möglichkeiten der Testbuslinie festzusetzen. Er habe auch seine Bedenken, wenn die Bahnlinie parallel zu den Buslinien verlaufe.

Landrat Dr. Sigel sei wichtig, ein einheitlich stimmiges Konzept auszuarbeiten. Er müsse noch im Juli unterschreiben, dass man als Rems-Murr-Kreis ins Thema einsteige, Wasserstoff auf die Straße bringe und den produzierten Wasserstoff an der Tankstelle abnehme. Auch bei der Wieslaufalbahn habe man noch nicht entschieden, ob Wasserstoff zum Einsatz komme, es mache aber Sinn. Daimler sei noch nicht beim Projekt dabei, also bisher noch kein Projektpartner. Wichtig sei zu wissen, dass in Esslingen und im Rems-Murr-Kreis gearbeitet werden könne.

Herr Prof. Wörner erklärt, dass man erkennen werde, dass solche Investitionsvorhaben weiterkommen müssen. Dadurch habe man einen Erfahrungsvorsprung, den keiner mehr nehmen könne. Die 22 Euro entsprechen dem Manko, wenn man nur geringe Mengen abnehme. Sobald eine zweite Linie dazukomme, könne man unterhalb des Marktpreises produzieren. Dies sei eine reelle Chance. Circa zwei Trailer pro Woche müsse man ansetzen um den Wasserstoff zu transportieren. Bei größeren Trailern mit 1,2 Tonnen dann nur einmal pro Woche. Für den Dieserverbrauch müssten mehr Trailer fahren. Die Auslegung liege derzeit bei 18 Bussen und 60 Tonnen pro Jahr.

Landrat Dr. Sigel geht auf die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages ein und erklärt dazu, dass durch das Konzept mit der Stadt Waiblingen die Finanzierungslücke geschlossen werde.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 16

Öffentlich

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag,

1. sich grundsätzlich für die Förderung und finanzielle Unterstützung von (grüner) Wasserstofftechnologie als Zukunftstechnologie im Rems-Murr-Kreis auszusprechen und
2. die Landkreisverwaltung zu beauftragen, gemeinsam mit der Stadt Waiblingen ein Konzept zur Finanzierung und Umsetzung zu erarbeiten, um die erhaltenen fünf Millionen Euro Fördermittel im Zuge der „HyPerformer“-Bundesförderung abzurufen, damit bis 2022/23 Wasserstofftechnologie im öffentlichen Personennahverkehr im Rems-Murr-Kreis zum Einsatz kommen könnte. Die Verwaltung wird in diesem Zusammenhang ermächtigt, eine entsprechend verbindliche Absichtserklärung gegenüber der Region Rhein Neckar abzugeben, um die Fördermittel als „HyPerformer“ zu sichern.
3. die Landkreisverwaltung zu beauftragen, gemeinsam mit der Gewerblichen Schule in Backnang die Einrichtung einer Lernwerkstatt „Zukunftstechnologie Wasserstoff und Brennzelle“ weiterzuverfolgen.
4. die Landkreisverwaltung zu beauftragen, den Einsatz von Wasserstoffzügen bei der anstehenden Anschaffung neuen Wagenmaterials für die Wieslaufalbahn weiterzuverfolgen.

Auszüge:

1 ÖPNV

1 Amt für Beteiligungen

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 17

Öffentlich

§ 6

Änderung von Verträgen im VVS

Drucksache 2020/041

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Umwelt- und Verkehrsausschuss einstimmig:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag,

1. den Landrat zu beauftragen, dem gesellschaftlichen Eintritt des Landkreises Göppingen in die Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH (VVS) unter den in der Vorlage beschriebenen Rahmenbedingungen in der VVS-Gesellschafterversammlung zuzustimmen.
2. den Landrat zu beauftragen, dem gesellschaftlichen Eintritt der neuen Eisenbahnverkehrsunternehmen in Form einer Bündelgesellschaft in die VVS GmbH unter den in der Vorlage beschriebenen Rahmenbedingungen in der VVS-Gesellschafterversammlung zuzustimmen.
3. einer Übertragung von Gesellschaftsanteilen des Rems-Murr-Kreises an der VVS GmbH in Höhe von 0,35 Prozent an den Landkreis Göppingen zuzustimmen.
4. einer Übertragung von Gesellschaftsanteilen der DB Regio AG an der VVS GmbH in Höhe von 3,5 Prozent an eine noch zu gründende Bündelgesellschaft der Eisenbahnverkehrsunternehmen zuzustimmen.
5. den Landrat zu ermächtigen, der aufgrund der Änderung der Gesellschafterstruktur der VVS GmbH erforderlichen Änderung des Gesellschaftsvertrags in der Gesellschafterversammlung zuzustimmen.
6. den Landrat zu ermächtigen, den aufgrund der Vollintegration des Landkreises Göppingen in den VVS erforderlichen Änderungen weiterer Verträge zuzustimmen und diese Verträge zu unterzeichnen.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 18

Öffentlich

§ 7

Verwendung FAG Fördermittel 2021

Drucksache 2020/099

Kreisrat Dannenmann ist bei diesem Tagesordnungspunkt befangen und zieht sich in den Zuhörer-raum zurück.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Kreisrat Sczuka ist überrascht, dass die Zahlen so erfreulich in der Entwicklung seien. Er hatte Sorge, dass die Strecke der Linie 330 nicht so gut angenommen werde. Es sei ein Segen, dass die „Quer-“ Verbindung vom Schwäbischen Wald/ Welzheimer Wald nach Winnenden bestehe.

Kreisrätin Schmidt fragt nach, was die Mitfinanzierung der Verkehrsverträge bedeute. Man habe 328.000 Euro die dort hineinfließen würden.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man Kosten für die Busverkehre habe und als Landkreis einen Anteil davon bezahle. Die Finanzausgleichsmittel seien vom Land dem ÖPNV zugewiesen und würden daher vom Kreis zur Mitfinanzierung eingesetzt.

Kreisrätin Schmidt möchte wissen, wie die 328.000 Euro auf die verschiedenen Busbetreiber aufgeteilt werden.

Landrat Dr. Sigel antwortet, das man bei den Ausschreibungen eigenwirtschaftliche Verkehre habe also Busunternehmer die ohne staatliche Zuschüsse auskämen. Man habe aber auch Bündel wo man keine eigenwirtschaftlichen Angebote habe und die öffentlich Hand weiterhin einen Zuschuss gebe. Die genannten FAG-Mittel flößen in eben diesen Finanzierungstopf und kämen somit allen Busunternehmen zugute, die nicht eigenwirtschaftliche Anträge gestellt hätten.

Kreisrat Lenk führt aus, dass man die FAG Fördermittel nicht ausgeschöpft habe. Dies liege daran,

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 19

Öffentlich

dass die Ausschreibungsergebnisse so günstig waren. Ihn interessiere es, wie es den Busunternehmen in Zeiten von Corona gehe. Das Land habe Mittel zur Verfügung gestellt um z. B. Schutzscheiben in den Bussen zu bekommen. Er fragt nach der Lage insgesamt und wie man als Kreis dazu beitragen könne, die Situationen zu stabilisieren.

Landrat Dr. Sigel erwähnt, dass man die finanziellen Auswirkungen nicht beziffern könne.

Herr Dr. Zaar, Erster Landesbeamter, signalisiert, dass Corona dramatische Folgen für den ÖPNV hatte. Das Glück sei gewesen, dass der VVS bereits lange auf Jahres-Abos gesetzt habe. Daher habe man ca. 70 Prozent der Fahrgäste, die mit Abos fahren. Diese seien dem ÖPNV treu geblieben. Es seien nur wenige Abos gekündigt worden. Einen starken Einbruch gab es bei den Einzeltickets. Der Verkauf sei vor allem im März und April eingebrochen. Bemerkenswert sei jetzt der Anstieg der Fahrgastzahlen, welchen man sich so positiv nicht erhofft habe. Für dieses Jahr sei man sehr zuversichtlich. Der Landkreis habe im Frühjahr Zahlungen vorgezogen, um die Liquidität der Busunternehmen zu erhalten. Für dieses Jahr habe man den Rettungsschirm vom Land für 240 Millionen Euro und ergänzend den Rettungsschirm vom Bund welcher dieses Jahr einen Ausgleich schaffen sollte. Wie das nächstes Jahr zu bewältigen sei, werden man sehen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Dem in der Vorlage unter Ziffer 3. dargestellten Verwendungsvorschlag für die FAG-Fördermittel für das Jahr 2021 wird zugestimmt.
2. Die im Jahr 2021 nicht für den Verwendungsvorschlag benötigten FAG-Fördermittel in Höhe von 328.000 Euro werden zur Mitfinanzierung der wettbewerblich vergebenen Verkehrsverträge verwendet (ggf. abzüglich der in der UVA-Sitzung am 02. November 2020 noch zu beschließenden weiteren Mitfinanzierung der Buslinie 330 [Kaisersbach – Althütte – Rudersberg – Oppelsbohm – Rems-Murr-Klinikum – Winnenden] über den Fahrplanwechsel am 13.12.2020 hinaus).

Auszüge:



Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 20

Öffentlich

1 ÖPNV

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 21

Öffentlich

§ 8

Beschaffung von Biogas für die Wärmeerzeugung an den Liegenschaften des Rems-Murr-Kreises Drucksache 2020/121/1

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass das Thema vom Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss für den Umwelt-und-Verkehrsausschuss empfohlen wurde.

Frau Wurster, Geschäftsstelle Klimaschutz, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Beutel spricht sich mit seiner Fraktion gegen den Umstieg auf Biogas aus. Es sei Zukunftstechnologie. Der Umstieg komme ihm sehr teuer vor. Auch die wirtschaftliche Entwicklung sei ihm zu unsicher. Es gebe viele Biogasanlagen, er kenne aber keine Anlage die in Erdgas einspeise. Er bittet um Mitteilung, welche Biogasanlage im Kreis das Methan in Erdgas einspeise. Er fragt nach der Berechnungsmethode für die Einsparung von Biogas im Gegensatz zu Erdgas, wie bisher.

Kreisrat Beyer antwortet auf die Frage von Kreisrat Beutel, welche Biogasanlage im näheren Umfeld ins Netz einspeise, die Stadtwerke Mühlacker. Der Maschinenring Rems-Murr-Kreis beliefere diese Anlage mit. Außerdem fragt er nach, ob man Bioabfälle jeglicher Art eine Anlage betreiben könne. Also auch mit Rasenschnitt und Laub, sowie Hackschnitzel. Er finde es richtig dies zu prüfen, denn Methan zu nutzen oder auszustoßen sei ein großer Unterschied. Er denke, man könne Biogas durchaus auch regional beziehen.

Kreisrat Riedel findet es wichtig, den Willen dafür zu haben und im Landkreis das Biogas zu produzieren. Dieses Ziel müsse nicht sofort erreicht werden, aber bis in 5-10 Jahren. Man solle die Möglichkeit nutzen um Ziele zu erreichen.

Kreisrat Ulrich spricht sich für die Beschaffung von Biogas für die Wärmeerzeugung an den Liegenschaften des Rems-Murr-Kreises aus.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 22

Öffentlich

Kreisrat Häfele fragt nach, ob das Biogas durch Bioabfälle oder Lebensmittel hergestellt wird.

Kreisrat Sczuka stellt die Frage, wo das Biogas herkommen wird.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man eine Ausschreibung tätige und dann den Auftrag vergabe. Der Kreis selbst könne das Gas in der Biovergärungsanlage noch nicht direkt einspeisen. Man müsse das Biogas zukaufen.

Frau Wurster ergänzt, dass man das Gas von Biogasanlagen erwerbe. Diese produzieren das Gas zu rund 50 Prozent mit nachwachsende Rohstoffen, zum Beispiel mit einer Ackerfrucht wie Mais und zusätzlich mit Gülle oder Abfallstoffen wie Grüngut. Bei der Berechnung habe man einen Mittelwert genommen, da sich der CO₂-Ausstoß je nach verwendetem Substrat ein wenig unterscheidet. Daraus ergibt sich dann ein ungefähre CO₂-Kennwert für die einzelne Tonne. Dies wurde dann mit dem Kennwert für Erdgas verglichen. Der Anschluss einer Biogasanlage an ein Stromnetz sei leichter als der Anschluss an das Erdgasnetz. Das Biogas müsse zuerst auf Erdgasqualität gebracht werden, bevor es eingespeist werden kann. Man habe bei den Stadtwerken angefragt, was dabei raus komme sei Verhandlungssache und Angebotsache.

Kreisrat Sczuka führt nochmals aus, dass das Gas durch 50 Prozent Ackerfrüchte, also Lebensmittel, entstehe.

Kreisrat Beutel bezieht Stellung und teilt mit, dass Biogasanlagen einen Gasertrag benötigen, der nicht durch Laub erzielt werden könne. Die Anlagen benötigen Produkte, aus welchen Gas entstehe, wie z.B. Mais oder Gülle.

Frau Wurster stimmt zu und führt aus, dass mit Ackerfrüchten, Mais zur Energieerzeugung oder als Futtermittel gemeint sei und dieser keineswegs als Nahrungsmittel für Menschen benutzt werde.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt mehrheitlich bei 13 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 23

Öffentlich

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beauftragt die Rems-Murr-Kreis-Immobilien-Management GmbH (RMIM), bei der Gas-Ausschreibung für die zur Vergabe anstehenden Verwaltungsgebäude und Mietobjekte mit Wirkung zum 1. Januar 2021 für die Dauer von zwei Jahren, dem wirtschaftlichsten Anbieter für die Belieferung mit reinem Biogas den Zuschlag zu erteilen.

Auszüge:

1 Geschäftsstelle für Klimaschutz

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 24

Öffentlich

§ 9

Ideenwettbewerb 2019 des Klimaschutzhandlungsprogrammes - Prämierung der eingereichten

Ideen

Drucksache 2020/054

Frau Wurster, Geschäftsstelle Klimaschutz, stellt die zu prämierenden Projekte anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist, vor und bittet die Mitglieder des Umwelt- und Verkehrsausschusses online über deren Platzierung abzustimmen.

Landrat Dr. Sigel weist auf die Formalitäten zur Abstimmung hin und dass die Gremienmitglieder die Anerkennung des Ergebnisses der Online-Abstimmung beschließen müssen. Diese stimmen der Anerkennung zu.

Die Online-Abstimmung hat folgende Platzierung der Projekte zum Ergebnis:

1. Platz: Welzheimer Laufbus
2. Platz: Klimaschutztipps von Kids für Kids
3. Platz: CO₂-Einsparung durch aerobe Kompostierung und Einsatz von Pflanzenkohle
1. Sonderpreis: Viele kleine Schritte bewirken etwas Großes
2. Sonderpreis: kuleana – rette die welt!
3. Sonderpreis: Zu Fuß zur Schule
4. Sonderpreis: (M)Ein Leben ohne Müll

Die Gewinner/innen werden beginnend mit dem letzten Sonderpreis nacheinander auf die Bühne gebeten und bekommen ihren Preis überreicht.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss erkennt das Ergebnis der Online-Abstimmung an und prämiert deren Ergebnis entsprechend die Ideen und Projekte des Klimaschutz-Ideenwettbewerbs 2019.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 25

Öffentlich

Auszüge: 1 Amt für Umweltschutz

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 26

Öffentlich

§ 10

Beantwortung von Anträgen der Fraktionen und Zählergemeinschaften

§ 10.1

Evaluierung des Schülerverkehrs / Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 2020/051

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Kreisrätin Schmidt fragt nach, ob es Pläne zur Attraktivitätssteigerung des Schulbusverkehrs gebe. Es seien nicht alle Schüler, die den Schulbusverkehr nutzen. Außerdem stellt sie die Frage, welche Maßnahmen getroffen werden, um die Zahl der Elterntaxis im Kreis zu reduzieren. Kreisrätin Schmidt spricht die Schulbusse an, die für Fahrten zu den Sportstätten für Klassen benutzt werden. Diese Busse seien nicht für jedermann zugänglich. Sie wolle wissen, wer diese Busse bestelle und durch wen diese bezahlt werden. Zudem interessiere sie der finanzielle Anteil des Kreises an der Schülerverkehrsfinanzierung.

Herr Rauffmann, Amtsleiter ÖPNV, stellt klar, dass der Schülerverkehr nicht mehr mit reinem Schülerbusverkehr bedient werde, sondern der Schülerbusverkehr in den Regelbusverkehr zum größten Teil integriert wurde. Dies habe den Vorteil, dass man ohnehin schon ein gutes ÖPNV-Netz habe und eine attraktive Busverbindung meist schon bestehe, sodass man dadurch alle Fahrgastgruppen befördern könne. Man habe dadurch schon eine sehr gute Abdeckung der Busverbindungen. Es gebe aber immer wieder Fälle wo dies nicht ausreiche. Generell sei die Schülerbeförderung Angelegenheit von den Schulträgern. Die Schulträger würden dann auf das Amt für ÖPNV zugehen und es werde nach einer gemeinsamen Lösung gesucht. Der Schulträger schaue nach der Organisation und der Landkreis Sorge für die Erstattung der Kosten. Herr Rauffmann verweist auf die Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Gemeinsam mit den Eltern und der Schule wurde bei Problemen nach einer Lösung gesucht, weshalb derzeit kaum Beschwerden beim Kreis eingehen. Dies habe die Attraktivität sehr gesteigert.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 27

Öffentlich

Kreisrätin Schmidt stellt nochmals die Frage, ob es möglich sei, die speziell für eine Klasse bestellten Busse in den Verkehrsplan einzubauen, sodass diese jeder nutzen könne. Gerade für Schüler sei dies von Vorteil, da der Bus pünktlich zu Unterrichtsbeginn an der Schule ankomme. Bezahlt werde der Bus ja ohnehin. Dies sei derzeit ein Thema in Weinstadt.

Herr Dr. Zaar stellt nochmals klar, dass man generell keine reinen Schülerverkehre mehr haben möchte. So habe man gerade im ländlichen Raum eine gute Taktung erreicht. Man könne nicht vorschreiben, dass Kinder mit dem ÖPNV zur Schule fahren müssen, man versuche es nur so attraktiv wie möglich zu machen. Trotzdem gebe es Eltern, welche ihr Kind selbst zur Schule fahren. Man könne auch Fahrpläne nicht ständig wechseln und auf die Schulen zuschneiden. Der Busverkehr sei für die Allgemeinheit. Er finde es schade, dass die Schulen nicht ihre Zeiten nach den Fahrplänen ausrichten. So sehe es das Gesetz nämlich vor. Bei Fahrten für Klassen zu Sportstätten, wie zum Schwimmbad, handelt es sich um von den Schulträgern eigens für diesen Zweck bestellte Privatbusse. Diese in das ÖPNV-Netz miteinzubauen, sei schwer realistisch.

Kreisrätin Schmidt meint, dass die Busfahrzeiten an die Schulzeiten angepasst werden sollten, dies wäre viel einfacher.

Herr Dr. Zaar erklärt, dass es sich um einen allgemeinen ÖPNV handelt und die Busse auch auf die S-Bahn-Zeiten abgestimmt seien.

Landrat Dr. Sigel schlägt vor, sich konkret das Problem in Weinstadt anzuschauen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt von dem Bericht Kenntnis.

Auszüge:

1 ÖPNV

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 28

Öffentlich

§ 10.2

Wartezeit bei der Schülerbeförderung / Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 2020/010

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und gibt Kreisrat Huschka die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Kreisrat Huschka teilt mit, dass er nicht viel dazu sagen könne, da Kreisrat Throm eher davon betroffen gewesen sei, man aber in Zeiten von Corona vermutlich sowieso abwarten müsse, bis der „Regel-“Schulverkehr wieder anlaufe.

Herr Dr. Zaar, Erster Landesbeamter, teilte mit, dass man da nachgesteuert hätte, wo man konnte.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt von dem Bericht Kenntnis.

Auszüge:

1 ÖPNV

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 29

Öffentlich

§ 10.3

Förderung von Fahrradstationen der RegioRad-Stuttgart im Rems-Murr-Kreis / Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 2020/057/1

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Herr Schäufele, Amt für Umweltschutz, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Ohne weitere Beratung beschließt der Umwelt- und Verkehrsausschuss einstimmig bei 2 Enthaltungen:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt einer finanziellen Beteiligung des Landkreises in Höhe von 20.000 Euro an den Kosten von kommunalen RegioRad-Stationen in der Nähe von Standorten der Landkreisverwaltung zu und beauftragt die Verwaltung eine entsprechende Förderrichtlinie mit den in der Vorlage beschriebenen Kriterien zu erarbeiten und die Förderung entsprechend umzusetzen.

Auszüge:

1 Amt für Umweltschutz

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 30

Öffentlich

§ 10.4

Prüfung auf Einrichtung einer Großküche im Rems-Murr-Kreis - Beantwortung des Haushaltsantrages 3-10 von Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 2020/074

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Leiter Wirtschaft und Versorgung der Rems-Murr-Kliniken, Herr Schumacher, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Herr Holzwarth, Leiter Dezernat 4, führt den Vortrag weiter. Die Präsentation ist ebenfalls dem Original der Niederschrift beigelegt.

Kreisrätin Schmidt führt aus, dass sie es schade finde, dass man die Möglichkeit des Betriebs einer Großküche nicht aufgezeigt habe. Zum Beispiel wie man diese betreiben könne, eventuell als Tochtergesellschaft. Man habe es direkt an die Kliniken angedockt, dies sei nicht der Sinn des Antrages. Es seien alle anderen Kantinen gemeint, welche nicht Selbstverpflegend seien und die Produkte außerhalb von Baden-Württemberg von einem Caterer beziehen. Es gebe im Kreis genügend freie Flächen, man müsse dafür nicht unbedingt grüne Wiesen bebauen oder in eine Großküche in ein bestehendes Gebäude integrieren. Attraktiv sei dies ja insbesondere für Schulen und Kindergärten, damit Essen im Kreis produziert werde und kurze Lieferwege habe. Es würde zudem die kreiseigene Landwirtschaft stärken. Man würde Zeichen setzen, wenn man kleinere Strukturen unterstütze. Es gebe viele kleine Details, mit welchen Sie nicht zufrieden sei und mit dem Landrat nochmals in das Gespräch kommen wolle.

Landrat Dr. Sigel erläutert, dass man das Thema sehr intensiv diskutiert habe. Auch mit dem Landkreis Böblingen, welcher in Calw eine Großküche betreibe. Dies sei ein großes Thema dort gewesen, bis es gelaufen sei. Das Vergaberecht werde überall zuschlagen, so könne man nicht sicher sagen, dass man alle Schulen mit der eigenen Landkreiskantine versorge. Außerdem sei es eine große Investition. Bei den Kliniken sei es so, dass man die Menge problemlos zubereiten könne, die man letztendlich benötige. Bei Grundschulen und Kitas werde man auch in Konkurrenz z.B. zur

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 31

Öffentlich

Paulinenpflege oder der Diakonie Stetten treten, das müsse man sich gut überlegen. Man sei dann in einer Aufgabe, welche schlicht und ergreifend nicht Kernaufgabe des Landkreises sei. Das Problem sei auch, die Endabnehmer zu finden. Momentan mache dies wirtschaftlich keinen Sinn.

Kreisrat Häfele spricht dem Landkreis die betriebswirtschaftliche Kompetenz ab, sinnvoll eine Großküche zu betreiben. Er spricht sich für die Regionalität aus, aber es sei nicht Kernaufgabe des Landkreises. Er ist der Meinung, der Landkreis habe nicht die Kompetenz die Großküche betriebswirtschaftlich zu betreiben. Er bittet, dies nicht als Beleidigung anzusehen.

Kreisrat Bezler sieht es so, dass es ganz viele Punkte gebe, auf die man detailliert eingehen solle. Er habe sich informiert und denke, dass die Philosophie dahinter das wichtigste sei. Wenn eine Abneigung da sei, dann würde das nicht funktionieren. Durch die Corona-Krise sei Potenzial da, Fachkräfte dafür zu bekommen. Wir könnten einiges besser machen wie viele Caterer. Momentan sei man in einer guten Zeit um eine Großküche einzurichten. Bei den Abnehmern sehe er kein Problem. Ebenso bei den Ausschreibungen.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man unterscheiden müsse, ob man auf Regionalität oder auf die Großküchenversorgung setzen wolle. Mit Blick auf die Klinik habe man sich dagegen entschieden, in dieses Geschäftsmodell einzusteigen. Es sei einfach nicht die Kernaufgabe des Landkreises. Wenn man möchte, könne man dies natürlich machen, aber es sei eine große Aufgabe.

Kreisrat Huschka meint, wenn alles so einfach wäre, würden die Investoren ja „Schlange“ stehen, eine Großküche im Rems-Murr-Kreis bauen zu dürfen. Im Hinblick auf die vorhandenen Kosten im Landkreis sehe er es so, dass man nicht noch weitere Aufgaben stemmen könne. Es solle privat jemand umsetzen, nicht der Landkreis.

Kreisrat Ulrich sieht, dass „der Zug abgefahren“ sei. Dieses Projekt gehöre im Zeitplan nicht dazu.

Die Einrichtung einer Großküche im Rems-Murr-Kreis wird nicht weiterverfolgt.

Auszüge: 1 Dezernat 4

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 32

Öffentlich

§ 11

Verschiedenes

Kreisrätin Wilhelm verweist auf das Projekt „Pflückaktion“, bei welchem die Bürger an gekennzeichneten Bäumen, Obst pflücken können. Diese Aktion sei auf der Homepage des Rems-Murr-Kreises nicht mehr zu finden. Dies bedauere sie sehr.

Herr Holzwarth, Dezernent Forst, Landwirtschaft Verbraucherschutz und Vermessung, antwortet, dass der Link auf der Internetseite des Rems-Murr-Kreises etwas versteckt sei, aber nicht gelöscht wurde. Er sicherte Kreisrätin Wilhelm zu, dass er mit der Pressestelle Kontakt aufnehmen werde um eine bessere Platzierung auf der Homepage zu finden. Er spricht sich ebenfalls dafür aus, dass es zeitnah geschehe, um den Beginn der Apfelernte nutzen zu können.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Sara Bareiß